

**Rottweil**

## Gefängnis auf Militärgelände?

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 19.04.2011 um 08:51



Ein Bild aus dem Jahr 1999. Damals bildete die 10. Panzerdivision in Stetten am kalten Markt bei Sigmaringen 3000 Soldaten als Krisenreaktionskräfte für humanitäre Einsätze aus. Jetzt ist das Militärgelände als mögliche Standortalternative für den geplanten Gefängnisneubau ins Gespräch gebracht worden. Foto: Kienzle

Rottweil-Zepfenhan - Das Militärgelände bei Stetten am kalten Markt als Alternativstandort für den Gefängnisneubau? Bei der Mitgliederversammlung des Kreisverbands der Grünen kam dieser Vorschlag in der Diskussion mit der BI gegen Großgefängnis auf.

Als Dankeschön für das Ergebnis bei der Landtagswahl richtete der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen die Mitgliederversammlung im Gasthof "Ochsen" in Zepfenhan aus. 59,8 Prozent der Stimmen hatte die Partei dort am 27. März eingefahren. Der Einladung nun waren 200 Bürger der Initiativen "Pro Region Schramberg", "Pro Mühlbachebene", der "BI gegen Großgefängnis in Rottweil" und des Vereins zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft (NAKU) gefolgt.

Als Vorsitzender des NAKU sah Jochen Baumann die klare Wahlentscheidung für die Grünen in Neukirch wie in Zepfenhan darin begründet, dass sich sowohl Winfried Kretschmann als auch die Kandidaten Alexander Rustler und Carola Oßmer vor Ort für einen neuen Standortsuchlauf auch außerhalb Rottweils eingesetzt hätten.

### "Haftbedingungen unzureichend"

Ingeborg Geckle-Maier machte für die Bürgerinitiative deutlich, dass die Haftbedingungen in den Gefängnissen in Rottweil, Villingen oder Hechingen überholt und für eine Resozialisierung unzureichend seien. BI und NAKU würden deshalb lediglich die Eignung des Standortes im Bitzwäldle in Frage stellen.

In der anschließenden Diskussion wurde als mögliche Alternative zum Bitzwäldle das Militärgelände bei Stetten am kalten Markt angesprochen. Das sei eine Konversionsfläche, wie sie Naturschutzverbände forderten.

Für die Initiative "Pro Mühlbachebene" berichtete Martin Lohrmann aus Sulz, dass bis zu 250 Hektar zusammenhängende Freifläche auf der Mühlbachebene für die geplante Errichtung von Autoteststrecken der Daimler AG benötigt würde. Der Versuch, diese auf bestem Ackerboden zu platzieren, stoße bei Bürgern und Landwirten auf Unverständnis. Die Initiative fordere Daimler auf, für dieses flächenintensive Projekt Alternativstandorte zu untersuchen.

Für die Initiative "Pro Region Schramberg" bemerkte Petra Neubert aus Dunningen, Betriebsrätin des Schramberger Kreiskrankenhauses, dass es den Verantwortlichen im Landkreis offenbar an Gestaltungswillen und -kraft fehle. Fast 40 Prozent der Kreisumlage komme aus dem Mittelbereich Schramberg, dennoch werde dieser systematisch benachteiligt. Laut Neubert hätten Oberbürgermeister Herbert O. Zinell und alle Gemeinderatsfraktionen ihre Unterstützung für das beschlossene erste Solidaris-Modell zugesagt. Vom Landratsamt sei diese Bereitschaft aber offenbar nie aufgenommen worden.

So enttäuschend der Bescheid des Regierungspräsidiums über die Rechtmäßigkeit des Klinikverkaufs an Helios gewesen sei, die Diskussion um die Schließung ihres Krankenhauses habe unter den Schrambergern zu großer Solidarität geführt. Diese Energie wolle man für die Entwicklung im Mittelbereich nutzen.

Konsens zwischen Bürgerinitiativen und Grünen war, dass in einer modernen Gesellschaft eine Politik des Gehörtwerdens vorherrschen müsse und dass Mehrheitsentscheidungen nur dann akzeptabel seien, wenn überstimmte Minderheiten die jeweiligen Beschlüsse zumutbar tragen könnten.